

## C. Sachanträge zu anderen Themen

### C. 8 Zum Umgang mit rechten Parteien in Parlamenten!

Einreicher: Stefan Hartman (SV Leipzig), Rico Gebhardt (KV Erzgebirge)

Der Landesparteitag möge beschließen:

---

- 1 Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen empfiehlt den durch DIE LINKE nominierten  
2 MandatsträgerInnen in Parlamenten und kommunalen Vertretungskörperschaften folgenden  
3 Umgang mit rechten Parteien, Bündnissen bzw. ihren VertreterInnen und ihrem Handeln:  
4
  - 5 1. Die durch DIE LINKE aufgestellten Abgeordneten in Parlamenten und kommunalen  
6 Vertretungen stimmen Anträgen rechter Parteien, Bündnisse bzw. ihrer VertreterInnen  
7 nicht zu.  
8
  - 9 2. Kooperationen, Absprachen oder Gespräche jenseits des parlamentarisch Notwendigen  
10 sind ausgeschlossen, die VertreterInnen der LINKEN werben für diese Position bei den  
11 anderen demokratischen Parteien.  
12
  - 13 3. Es wird angestrebt, mit den anderen demokratischen Parteien gemeinsame  
14 Verfahrensweisen festzulegen, die es den Rechten erschweren, die Tagungen der  
15 kommunalen Vertretungskörperschaften bzw. Parlamente zur Propagierung ihrer  
16 Vorstellungen zu nutzen. Jedoch sollten die Hauptsatzung und die Geschäftsordnung  
17 nicht auf Grund der Präsenz rechter Parteien oder Bündnisse verändert werden.  
18
  - 19 4. Bei Anträgen rechter Parteien, Bündnisse bzw. ihrer VertreterInnen sollte zwischen den  
20 demokratischen Parteien und Wählerbündnissen vereinbart werden, diese ausdrücklich  
21 politisch begründet zurückzuweisen. Trotz aller politischen Unterschiede soll sich dabei  
22 nur mit den Rechten-Anträgen auseinandergesetzt werden.  
23
  - 24 5. Die Fraktionen der LINKEN erarbeiten Strategien zur Auseinandersetzung mit den  
25 rechten Parteien und deren VertreterInnen in den Gemeinden und Kreisen und  
26 kooperieren dabei mit zivilgesellschaftlichen Institutionen bzw. antifaschistischen  
27 Gruppen und Organisationen.  
28
  - 29 6. Die Mitglieder der LINKEN in den kommunalen Vertretungskörperschaften treten aktiv  
30 gegen Aktionen oder Aufmärsche der NPD und anderer rechter Gruppierungen auf und  
31 unterstützen Gruppen, Organisationen bzw. Personen, die öffentlich dagegen  
32 protestieren.  
33
  - 34 7. Erklärungen, die in kommunalen Vertretungskörperschaften gegen Aktionen oder  
35 Aufmärsche der NPD und anderer rechter Gruppierungen beschlossen werden, sollten  
36 keine Gleichsetzung von linken und rechten Extremisten enthalten. Auch die allgemein  
37 gehaltene Formulierung von Extremismus sollte vermieden werden.
-

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

**Entscheidung des Parteitages**

**Angenommen:**

**Abgelehnt:**

Überwiesen an: \_\_\_\_\_

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_